

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3000 Bern 11



MARCEL BIERI
KASSIER PRO LIBERTATE
E-Mail: bieri@prolibertate.ch

Kulturelle Entgleisung

Thomas Hirschhorn lässt an seiner Ausstellung in Paris unter anderen kulturgeistigen Verschandelungen einen Hund gegen ein Bild von Bundesrat Blocher pinkeln. Der Ständerat hat dann die einzig richtige Konsequenz gezogen. Er hat der Pro Helvetia, welche diese Ausstellung finanziert, den Beitrag um eine Million Franken gekürzt. Es wäre endlich an der Zeit, derartigem «Kulturgebaren» den Riegel zu schieben. Erwartungsgemäss wird die Linke gegen diesen Beschluss opponieren. Das ist immerhin konsequent. Es hat den Genossen auch in der Vergangenheit immer wieder viel Freude gemacht, wenn unser Land in den Dreck gezogen wird. In hohem Masse unerfreulich ist allerdings der Tatbestand, dass auch bürgerlich Denkende (so genannt Liberale) der Kunst eine Gedankenfreiheit zugestehen wollen, die sich nicht an Werte der Moral, des Anstandes und der Ethik zu halten hat.

Marcel Bieri

Tod durch Sparen – als Bündnisklon zum Leben erweckt?

WERNER GARTENMANN,
EHEM. PRÄSIDENT PRO LIBERTATE,
MAJOR, MATTEN B. I.
E-Mail: gartenmann@hotmail.com

Einleitende Gedanken

1. Die Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung über die Armeeform XXI vom 18. Mai 2003 (so genanntes Bundesbüchlein) haben uns Bürgerinnen und Bürger folgende Versprechen gegeben:

- «Unverändert bleiben aber ihre Aufträge (der Armee, Anm. Red.), das Milizprinzip und die bewaffnete Neutralität.»
- «Sie dient dazu ... Land und Bevölkerung zu verteidigen...»
- «Das Milizsystem wird beibehalten.»
- «Die leichte Erhöhung der Anzahl Berufsmilitärs hat vor allem zum Zweck, die Ausbildung zu verbessern und das Milizkader stärker zu unterstützen.»
- «Mit der Verkleinerung ... werden Kosten gespart, die in moderne Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung investiert werden können.»
- «Die Armee XXI berücksichtigt ... die knapperen Geldmittel.»

2. Der Autor dieses Artikels ist sich bewusst, dass er aus Sicht der VBS-Spitze (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) kein Experte ist und sich demnach folgenden Äusserungen eigentlich zu enthalten hätte.

3. Auch im Jahr 2004 haben viele Miliz- und Berufssoldaten hervorragende Arbeit geleistet! Der Wille ist da.

Das Entlastungsprogramm 04 (EP 04)

Am 20. November 2004 fand die Vernehmlassung zum Entlastungsprogramm 04 (EP 04) ihr Ende. Die Beseitigung so genannter struktureller Defizite bis 2007 ist ein Hauptziel des Bundesrates. Das EP 04 beinhaltet Vorschläge, wie auf der Ausgabenseite der Bundeshaushalt ins Lot gebracht werden soll. Alle grossen Ausgabenbereiche des Bun-

In dieser Ausgabe

- 3 Verantwortung tragen
- 4 Nein zu Schengen bringt dem Schweizer Tourismus keine Nachteile – im Gegenteil!
- 5 Souveränität und Schengen-Vertrag
- 6 Russland: Vor einem faktischen Ende der Pressefreiheit?
- 6 Gegen die Subversion
- 7 Gedanken der Präsidentin
- 8 Zusammenfassung
- 8 Schwarze Liste



des müssten ihren Beitrag leisten: Soziale Wohlfahrt, Verkehr, **Landesverteidigung**, Bildung und Grundlagenforschung, Landwirtschaft und Beziehungen zum Ausland.

Das EP 04 verdient besondere Aufmerksamkeit im Bereich Landesverteidigung. Gemäss EP 04 muss die Armee «für die Jahre 2006 bis 2008 durchschnittlich rund 150 Millionen pro Jahr (total 447 Mio.) bei den Rüstungsausgaben» einsparen. Erinnern wir uns an dieser Stelle, dass das Entlastungsprogramm 03 dazu führte, dass u.a. modern nachgerüstete Panzer 68/88 (moderne Feuerleitsysteme) und Kampfpanzer Leopard sowie kampfwertgesteigerte Panzerhaubitzen ausser Dienst gestellt, teilweise sogar verkauft bzw. liquidiert worden sind. Bei diesem Material kann überhaupt nicht von veralteten Waffensystemen gesprochen werden (im Vergleich zu veralteten Schützenpanzern M-113).

Armeepolitisches Papier

Studiert man die Begründungen des EP 04 für die geforderten Einsparungen, kommt man zum Schluss, ein hoch brisantes armeepolitisches Thesenpapier vor sich zu haben. Unter dem Titel «Anpassung des Leistungsprofils der Armee» wird gefordert, den «klassischen militärischen Auftrag Verteidigung» weiter zu reduzieren. Das Armeeleitbild XXI – welches den Landesverteidigungsauftrag klar umschrieb – wird vom EP 04 zum Papiertiger degradiert. Die ursprünglichen Forderungen des Armeeleitbildes nach moderner Rüstung zu Gunsten der Landesverteidigung werden als «grundsätzliche Aussagen» deklariert, welche auch bei einer neuen Anpassung der Armeeaufträge weiterhin ihre Gültigkeit hätten. Dieses Denkspiel heisst also, ursprünglich gemachte Aussagen bleiben an sich theoretisch gültig, aber umzusetzen sind sie nicht. Knapp ein Jahr nach Start der vom Volk akzeptierten Armee XXI wird massiv an den Armeeaufträgen herumgebastelt, und zwar klar zu Ungunsten der militärischen Landesverteidigung. Das EP 04 beschreibt den Vorgang so: «... soll zu Lasten der Verteidigungskompetenz ein Teil der heutigen Kampf- und Kampfunterstützungstruppen ... für Schutz- und Unterstützungsaufgaben ausgebildet und eingesetzt werden.» Für die übrigen Kampf- und Kampfunterstützungstruppen sollen noch «mechanisierte Formationen im Umfang einer Kampfbrigade unterhalten werden». Das EP

04 weiter: «Der im Zusammenhang mit der Rollenspezialisierung stehende Abbau von Kampf- und Kampfunterstützungsverbänden sowie die damit verbundene Ausserdienststellung von Kampffahrzeugen und anderem Material wird zu einem weiteren Abbau von Personal führen.»

Das EP 04 ist natürlich nicht vom Finanzdepartement im Alleingang formuliert worden. Die Spitze des VBS (inkl. Armeeführung, Armeepaner, Sicherheits-«Vordenker») hat die Eckdaten geliefert. Dazu gehört auch die Forderung, «die Wahlfreiheit müsste für das Durchdienermodell aufgehoben werden». Diese Massnahme soll den Bestand der aktiven Armee verringern und Kosten sparen. Denn WK-Truppen seien teurer und weniger rasch einsetzbar. Das VBS gibt sich offenbar via EP 04 den Auftrag, eine Erhöhung der heute gesetzlich zulässigen Anzahl Durchdiener zu prüfen. Im Klartext bedeutet das, dass der Bürger inskünftig gezwungen werden kann, seinen obligatorischen Militärdienst «an einem Stück» zu leisten.

Volksverachtende Politik

Knapp anderthalb Jahre nach der Volksabstimmung über die Armeereform hat Bundesbern eine aktualisierte «Bedrohungslage» nachgeliefert. Und per Zufall hat sich nach kurzer Zeit die sicherheitspolitische Lage so verändert, dass der Hauptauftrag der Armee – es sei noch einmal wiederholt: die militärische Landesverteidigung – gravierend relativiert werden kann – o du glückliche Welt. Und als Sahnehäubchen für die Begründung des weiteren Abbaus wird dem Stimmbürger erklärt, mit seiner Zustimmung zur Armee XXI habe er auch ja gesagt zu einer weitgehenden Flexibilität, die es erlaube, die Aufträge der Armee gemäss Bedrohungslage beliebig zu «justieren». Wenn nötig, jeden Monat ... Nein, so wird der Wille des Souveräns in höchstem Mass strapaziert, wir stossen in die Abgründe einer volksverachtenden Politik vor.

Wer glaubt, der Bürger als Soldat begrüsse unvoreingenommen die weitere Reduzierung der Kampftruppen (insbesondere der Panzertruppen), weil dies angeblich die aktuelle Bedrohungslage zulasse, kann sich täuschen. Denn er stellt sich rasch einmal die Frage, was denn eine solche Mini-Armee (bewusst gewählte Umschreibung im Hinblick auf den geplanten Abbau

der Landesverteidigung) noch für einen Sinn macht.

Die Armee im Labor von Dr. Frankenstein

In den letzten 15 Jahren ist das Verteidigungsbudget real um mehr als einen Drittel gesunken. Gleichzeitig hat das Volk mehrmals klar ja zu seiner Armee gesagt.

Auffallend an der ganzen Sache ist, dass sich niemand kritisch – lautstark – zur Wort meldet. Weite Teile der Politik nehmen das «Grounding» einfach zur Kenntnis. Die Lobby des öffentlichen Verkehrs, des «Service public», der Kultur (!), der Sozialindustrie gehen auf die Strasse, wenn ihre Budgets zusammengestrichen werden sollen. Es stellt sich die Frage, warum das so ist. Eine These geht davon aus, dass an sich negative Entwicklungen mithelfen, dem eigentlichen Ziel näher zu kommen. Wir alle wissen es: Die Unabhängigkeit und die bewaffnete Neutralität sind teuer. Trotz der Absicht «Sicherheit durch Kooperation» müssen wir gemäss Verfassung, mehreren Volksverdikten und nicht zuletzt gemäss Armeeleitbild XXI im Gegensatz zu vergleichbaren Staaten in der militärischen Verteidigung eine hohe Eigenleistung erbringen. Wenn nun aber die Verteidigungskapazität unter dem Deckmantel «Sparen» derart verringert wird, dass auch wir Nicht-Experten erkennen müssen, dass sich dieses Land nicht einmal in der ersten Stunde autonom verteidigen kann, dann wird die von oben präsentierte Lösung heissen: Bündnisbeitritt! (ob Nato- oder EU-Beitritt spielt hier gar keine Rolle). Das Los unserer Armee hiesse also: Tod durch Sparen – Auferstehung als Bündnisklon.

Folgen

Das neue «Rollenspiel» wird die Miliz vom Kernauftrag einer Armee – es sei wiederholt: Landesverteidigung – entfremden. Via Durchdiener schafft man Voraussetzungen für einen massiven Ausbau der Berufskomponente. In einer Anfangsphase sind es Durchdiener, in der Folgephase «Profis», welche insbesondere den bewaffneten Einsatz unserer Armee im Ausland in Bataillonsstärke sichern sollen. Vorsorglich beabsichtigt das VBS, die Berufssoldaten (meistens Armeekader) via Arbeitsvertrag zum Auslandseinsatz zu zwingen.

Das durch das «Sparen» begründete neue Rollenspiel führt zu einer

Zweiklassen-Armee. Dem Beobachter wird nicht entgehen, wohin auch diese Schiene führen muss. Zu Hause darf der Miliz-Soldat «Securitas-Aufgaben» übernehmen (Botschaftsschutz!) und für 10 Millionen Franken zu Lasten des Armeebudgets die Polizei an der UEFA EURO 2008 (Fussball) unterstützen. Der Bürger in Uniform hilft somit mit, dass die Ausgaben für den dringend notwendigen Ausbau der Polizeikorps und des Grenzwehrkorps eingespart werden können: ein krasser Missbrauch der Armeeangehörigen, denn es ist schlicht nicht Aufgabe des Bürgers, als Milizsoldat ausländische Vertretungen über Jahre hinaus zu bewachen oder in grossem Stil Sportveranstaltungen zu sichern.

Abschliessende Gedanken

Das Jahr 2004 war kein «Freudeherrscht-Jahr» für unsere Armee. Das Jahr zeigte eine mustergültige Übungsanlage, wie Information und Kommunikation Unruhe, chaotische Berichterstattung in den Medien und Verlust an Goodwill verursa-

chen können. Unnötige Diskussionen über die allgemeine Wehrpflicht, über die Abgabe der Ordonnanzwaffen, Disziplinierung von Kritikern in den eigenen Reihen und die zunehmende Ausgrenzung der Bürgerinnen und Bürger vom Mitreden – im Sinne: das Fussvolk hat sowieso keine Ahnung – waren nicht die Signale, die wir im ersten Jahr der neuen Armee gebraucht hätten. Umso mehr, als Stellenabbau und der Rückzug der Armee aus «Randregionen» weitere Belastungsproben für das Verhältnis Volk – Armee mit sich bringen.

Eine völlig neue Erfahrung war für mich zudem, dass sich selbst junge Berufsoffiziere äusserst kritisch zur aktuellen Situation äussern – trotz Loyalitätsdiktatur. Den Berufssoldaten (Instruktoren) wurde in den letzten Jahren das Einkommen real gesenkt. Ihr Status hat heute den Stellenwert «gewöhnlicher» Verwaltungsleute (man vergleiche Arbeitszeiten, Führung und Ausbildung von Menschen und das Risiko, sein Leben zu gefährden!). Wer hat sich für unsere Instruktoren eingesetzt? Wo verbleiben die dringend not-

wendigen zusätzlichen Berufsoffiziere? Derweil vergiessen die VBS-Spitze sowie Politiker der FDP und CVP Herzblut für die Beschaffung von zwei unnötigen, sinnlosen und leistungsschwachen «Transportflugzügen!» Die 110 Millionen Franken wären im Ausbildungsbereich «Landesverteidigung» besser investiert gewesen.

Es bleibt zu hoffen, dass das Jahr 2005 für uns Armeeeingehörige und Bürger eine Zeit der Begegnungen wird, so wie es der neue Bundespräsident angekündigt hat. Da Bundesrat Samuel Schmid gleichzeitig noch Chef VBS bleibt, kann Hoffnung geschöpft werden. Unsere Armee ist dringend wieder auf Kurs zu bringen. Und das ist keine Frage, ob man für oder gegen die Armee XXI war.

Schlussfragen

- Ist das eingangs zitierte Bundesbüchlein Makulatur?
- Würde das Stimmvolk im Wissen um die aktuelle Situation der Armee reform XXI wieder mit 76 Prozent zustimmen?

«VERANTWORTUNG TRAGEN»



Gespräch mit Patrick Freudiger, Student aus Langenthal

Patrick, wir kennen uns schon einige Zeit, du hast letztes Jahr die Matura beendet und die RS als Panzerjägerrekrut in Chamblon begonnen (Bericht PLM 2. April 2004). Anschliessend hast du dich als Aspirant weiterbilden lassen (Bericht PLM 4. August 2004 und 5. September 2004) und hast den Militärdienst unterbrochen, um mit dem Studium zu beginnen. Wie sehen deine beruflichen und militärischen Pläne aus?

Ich habe vor einigen Wochen mein Jus-Studium an der Uni Bern begonnen. Das Jus-Studium eröffnet mir viele interessante Be-

rufsoptionen, zwischen denen ich mich aber jetzt noch nicht entscheiden kann. Im Militär ist es ähnlich: Die Offiziersschule steht noch vor mir. Über meine weitere militärische Laufbahn kann ich noch nichts sagen. Sicher ist aber, dass ich mich niemals zum Werkzeug fremder Mächte machen und im Ausland Militärdienst leisten werde.

Die Politik scheint ebenfalls ein Schwerpunkt in deinem Leben zu sein. Neben deiner JSVP-Mitgliedschaft bist du seit einigen Wochen auch Stadtratsmitglied von Langenthal. Wir gratulieren dir zu dieser Wahl. Hast du damit gerechnet?

Danke. Nein, eigentlich nicht. Für einen Kandidaten meines Alters ist es nicht gerade einfach, in ein Parlament gewählt zu werden. Offenbar ist es aber nicht unmöglich. Um als Junger das Vertrauen der Stimmbürger gewinnen zu können, muss man ein umso grösseres Engagement an den Tag legen.

Was bewog dich, für dieses Amt zu kandidieren?

Ich möchte nicht nur in Vereinen, sondern auch in einer politischen Institution Verantwortung übernehmen. Ich will, wenn auch «nur» auf kommunaler Ebene, die heutigen Missstände (Schuldenberg, Machtkonzentration bei der Verwaltung, mangelnde Sicherheit) direkt bekämpfen und bessere Lösungen präsentieren. Ich hoffe aber auch, mit meiner politischen Tätigkeit – nicht nur im Stadtrat – die grundsätzlichen gesellschaftlichen Probleme bekämpfen zu können: Weg von staatlicher Bevormundung und Selbstverleugnung hin zu Eigenverantwortung und Wertkonservatismus!

Was möchtest du als Stadtrat bewirken oder verändern?

Ein Ziel ist sicher die Schuldensanierung. Wir können nicht mehr länger all unsere Bedürfnisse rücksichtslos befriedigen und dann der nächsten Generation die Folgen, d.h. den Schuldenberg, überlassen. Zweitens fühlen sich immer mehr Menschen verunsichert wegen der Drogenszene und Kriminalität

in Langenthal. Die Verunsicherung ist gross und wird parteiübergreifend erkannt. Taten sind gefragt. Sicherheit zu garantieren, ist und bleibt die Grundaufgabe jedes funktionierenden Gemeinwesens.

In Langenthal hat ebenfalls eine neue Partei Furore gemacht: Die «PNOS». Wer ist das und welche Ziele verfolgt diese Gruppe?

Die PNOS ist eine junge Splitterpartei. Sie fordert eine rigoros restriktive Haltung in der Ausländerpolitik, hingegen bezeichnet sie sich aber auch als Bewegung des eidgenössischen Sozialismus, d.h. sie glaubt nicht an die Kraft der Marktwirtschaft.

Meiner Meinung nach wurde schon viel zu lange über die angebliche Gefährlichkeit dieser Partei geredet. Ein Vertreter wurde demokratisch gewählt, d.h. er konnte sich im Wettstreit der Ideen behaupten. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Neben regionalen Themen interessierst du dich bekanntlich auch für die nationale Politik. Du hast dich schon in verschiedenen Zeitschriften zu aktuellen Themen geäussert (Totalitarismus PLM 6. November 2004). Wie beurteilst du die Bilateralen II, insbesondere das Dossier Schengen/Dublin?

Dieses Dossier ist eine klare und gefährliche Zwängerei Richtung

EU-Beitritt. Bei den Bilateralen II stimmen wir darüber ab, ob wir zukünftig mit mehr als einem Bein in der EU sein wollen. Noch vor fünf Jahren versprach der Bundesrat, dass keine Verhandlungen in Bereichen aufgenommen werden, «bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind». Explizit wurde dabei Schengen erwähnt. Man sieht: Hier geht es um den EU-Beitritt durch die Hintertüre. Deshalb verkauft man das Thema den Bürgerlichen unter dem Sicherheitsaspekt. Dies ist völlig absurd. Der Wegfall der Grenzkontrollen führt zwangsläufig zu einem Sicherheitsdefizit. Wir können unsere nationale Sicherheit nicht an Europa delegieren.

Zum Schluss eine persönliche Frage. Du bist jung, du hast das Leben vor dir. Was ist für dich in deinem Leben wichtig?

Gute Frage. Diese bedarf einer weisen Antwort, welche ich aufgrund meines Alters noch nicht wirklich geben kann. Andererseits möchte ich auch nicht bei den abgedroschenen, inhaltslos gewordenen Schlagworten bleiben. Angelehnt an Denis de Rougemont denke ich, jeder Mensch hat grundsätzlich zwei Verantwortungen. Eine sich selbst, eine andere der Gemeinschaft gegenüber. Ich möchte einmal, wenn mich zum Beispiel meine Kinder fragen, sagen können: Ja, ich habe beide

Verantwortungen erfüllt, oder noch besser, übertroffen.

Patrick, herzlichen Dank für das Gespräch, wir wünschen dir Kraft, Gesundheit, Mut und Ausdauer, um deine Verantwortungen wahrzunehmen.

Mit Patrick Freudiger sprach
Ami Bossard
E-mail:bossard@prolibertate.ch

Lebenslauf

Geboren: am 4. November 1984

Wohnort: Langenthal BE

Schule: Volksschule und Gymnasium Langenthal, jetzt Studium Rechtswissenschaft an der Uni Bern

Militär: Inf RS als Pzj-Soldat in Chamblon VD, anschliessend Inf Asp Schule in Colombier NE

Politische Tätigkeiten: Pressechef, Mitglied Parteileitung und Vorstand JSVP, Stadtrat Langenthal, Mitglied AUNS (seit 5 Jahren)

Nein zu Schengen bringt dem Schweizer Tourismus keine Nachteile – im Gegenteil!

Sollte das Schweizer Volk den Beitritt zu Schengen ablehnen, werden daraus dem Schweizer Tourismus keine Nachteile erwachsen. Die Schweiz könnte die bewährte einseitige Anerkennung der Schengener Touristen-Visa auf wichtige Herkunftsländer wie

China, Indien etc. ausweiten. Für die Touristen wäre diese Lösung ohne jeden Mehraufwand durchführbar. Der Tourismusstandort Schweiz könnte damit weiterhin von seinem guten Ruf eines Landes mit wenig Kriminalität profitieren.

ADRIAN AMSTUTZ,
NATIONALRAT SVP, SIGRISWIL
E-Mail: aamstutz@bluewin.ch

Durch ihre Nicht-Mitgliedschaft bei Schengen ist die Schweiz nicht dem System der Einheitsvisa angeschlossen. Für Touristen aus Län-

dern wie China oder Indien bedeutet dies, dass sie für eine Europa-Reise neben dem Visum für die Schengen-Länder (EU-15, Norwegen, Island) ein zusätzliches Visum für die Schweiz lösen müssen. Dies ist ein Nachteil für den Schweizer Tourismus.

EU-Euphoriker sehen deshalb im Beitritt zum Schengener Abkommen den einzigen Weg zur Aufhebung dieses Wettbewerbsnachteils. Dabei gibt es eine Alternative, mit der unsere Tourismuswirtschaft auf ihre Rechnung kommt und die ohne die zahlreichen Nachteile von

Schengen (insb. Abbau der Sicherheit) auskommt: Mit der Ausweitung der einseitigen Anerkennung der Touristen-Visa auf Länder wie China oder Indien kann die Schweiz ihre Stellung im Wettbewerb um die Feriengäste auch ohne Schengen-Beitritt stärken. Bereits seit Juli 2000 gilt diese einseitige Anerkennung des Schengen-Visum für Touristen aus 8 Ländern (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Thailand, Vereinigte Arabische Emirate, Taiwan), was für unser Land völlig problemlos erfolgte. Die Anwendung dieser Bestimmung hat offenbar zu keinerlei Schwierigkeiten geführt. Ich wundere mich, dass die Tourismusverbände diese Ausweitung nicht schon lange und per sofort fordern. Der Handlungsbe-

darf zu Gunsten unserer Tourismusbranche ist unbestritten. Deshalb werde ich hierzu einen dringlichen Vorstoss einreichen.

Auch für die Touristen bedeutet die einseitige Anerkennung keinerlei Nachteile. Statt ein Visum für eine einmalige Einreise in den Schengen-Raum müssen sie ein so genanntes Mehrfach-Visum lösen. Die beiden Visa sind gemäss Entscheidung des EU-Rates vom 13. Juni 2003 (2003/454/EG) genau gleich teuer. Es wird eine Gebühr von 35 Euro erhoben.

Die Schengen-Befürworter versprechen unserer Tourismus-Wirtschaft das Blaue vom Himmel herunter. Die Übernachtungen von Gästen aus China, Indien oder anderen asiatischen Ländern sollen um das

Doppelte ansteigen. Wo derart gigantische Umsatzsteigerungen versprochen werden, ist stets Vorsicht am Platz. Insbesondere vergessen die Schengen-Befürworter, dass mit Schengen die Sicherheit in unserem Land aufs Spiel gesetzt wird. Mit Schengen erhält jedermann das Recht, wo er will und wann er will über die Grenze zu kommen, ohne dass er sich einer Personenkontrolle zu unterziehen hat. Die Pflicht, beim Grenzübertritt einen Pass oder eine Identitätskarte vorzuzeigen, entfällt durch die Schengen-Mitgliedschaft. Ein Anstieg der Kriminalität wird die Folge sein. Der Tourismusstandort Schweiz, der vom guten Ruf unseres sicheren Landes profitiert, wird dadurch in Mitleidenschaft gezogen.

Souveränität und Schengen-Vertrag

ALFRED MATHÄUS ZUMBRUNN,
GWATT-THUN

E-Mail: alfred@zumbrunn.com

Vor Jahren erklärte der Bundesrat einen Schengen-Vertrag als unverhandelbar, da dadurch unsere Souveränität eingeschränkt würde.

Heute vertreten Bundesrat und Parlament die Auffassung, dass ein Mitmachen beim immer noch gleich lautenden Vertrag problemlos möglich sei, da unsere Souveränität nicht tangiert werde. Weil nicht beide Aussagen gleichzeitig richtig sein können, stellt sich die Frage: Wurde damals oder wird heute geschummelt? Ist es möglich, dass der von mir ein Leben lang hoch geachtete Bundesrat, um den Weg zu dem vom Volk nicht gewünschten EU-Beitritt zu ebnen, zu gezinkten Karten greift? Oder ist die durch die 68er-Bewegung eingeleitete Sprachverwirrung so weit gediehen, dass unter Souveränität nicht mehr in allen Lagern dasselbe verstanden wird?

Was bedeutet also Souveränität? Im Staatskunde-Lexikon von Alfred Huber, Ausgabe 2002, wird Souveränität definiert als «unbeschränkte Staatshoheit eines Landes», also absolute Handlungsfreiheit. Diese Unabhängigkeit erreichten die Eidgenossen im Jahre 1499 in der Schlacht bei Dornach gegen den deutschen Kaiser Maximilian. Dieser hatte im Bestreben, im Reiche Ordnung zu schaffen, dekretiert: «Niemand darf von sich aus einen

Krieg beginnen. Bei Streitigkeiten entscheidet als oberste Instanz das Reichskammergericht. Alle Staaten des Reiches haben eine Reichsteuer zu entrichten.» Nachdem die Eidgenossen, sich auf alte Rechte berufend, den Gehorsam verweigerten, rief er das ganze Reich auf, gegen die Eidgenossen ins Feld zu ziehen. Nach mehreren für den Kaiser erfolglos verlaufenen Treffen gab dieser alle Ansprüche gegenüber der Eidgenossenschaft auf. Seither ist die Schweiz, mit Ausnahme der kurzen Zeit nach der Annexion durch Napoléon, ein unabhängiger Staat, dessen Souveränität lediglich durch zwischenstaatliche (bilaterale) Verträge und in den letzten Jahrzehnten zunehmend durch das überstaatliche Völkerrecht eingeschränkt wird.

Damit sind die eingangs formulierten Fragen eigentlich klar beantwortet: Jeder Staatsvertrag, welcher Verpflichtungen in sich birgt, schmälert unsere Souveränität und darf daher nur abgeschlossen werden, wenn er für unser Fortkommen unabdingbar ist.

Die Frage, ob dies im Fall des Schengen-Vertrags zutrifft, wird je nach Zukunfts-Vision für unser Land unterschiedlich beantwortet. Wer eine möglichst weit reichende Souveränität unseres Landes als wichtig erachtet, erkennt im Schengen-Vertrag mehr Nach- als Vorteile und lehnt diesen daher ab. Bundesbern dagegen begrüsst den Vertrag zugege-

benermassen als Vorstufe zum EU-Beitritt und ist bereit, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um die vermutlich im nächsten Sommer stattfindende Volksabstimmung zu gewinnen. Um den Einwand abzuwehren, Schengen tangiere unsere Souveränität, wird doppelzünftig erwähnt, der Vertrag sei kündbar, was nur theoretisch stimmt. In der Praxis wird der Weg zurück innert nützlicher Frist nicht möglich sein, wenn Gesetze und Rechtssprechung angepasst – die Grenzübergänge abgebaut und alle Hemmnisse entfernt – Zoll und Polizei umorganisiert und Waffenrecht und Schützentradition dem tiefen EU-Niveau angepasst sind.

Wird der Schengen-Vertrag angenommen, hätte die Schlacht bei Dornach nicht geschlagen werden müssen. Maximilians Forderungen (Kriegsrecht, Reichsteuer, Reichsgericht) würden nachträglich weitgehend erfüllt: Die Schweiz hat bereits darauf verzichtet, sich autonom verteidigen zu können. Die Zahlungen an die EU nehmen laufend zu. Mit Schengen müssen wir auch dessen Folgerecht ohne Mitbestimmung übernehmen.

Durch Menschenrechte und das Völkerrecht (= Summe der bestehenden Staatsverträge) ist unsere Souveränität bereits so stark ausgehöhlt, dass weitere Abstriche nur bei absoluter und langfristiger Notwendigkeit akzeptierbar sind. Der Schengen-Vertrag aber ist unnötig, kontraproduktiv und daher abzulehnen.

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Freie und unabhängige Medien sind stets ein sehr wichtiges Element eines Staates, tragen sie doch zur demokratischen Meinungsbildung bei. Dass autoritäre Länder kritische Journalisten oft mehr als beargwöhnen, ist hinreichend bekannt. Russland besass bis zum Zerfall der Sowjetunion keinerlei Pressefreiheit; erst 1991 wurde diese in der dortigen Verfassung festgeschrieben. Danach sollen und dürfen die Medien über alles berichten – auch über Missstände. Ganz offenbar aber geht diese Freiheit, die sich die russische Bevölkerung nach dem Ende der kommunistischen Diktatur mühsam erobert hatte, derzeit wieder verloren. War schon das Establishment, welches die politischen Umwälzungen der Vergangenheit erstaunt unversehrt überlebte, kein Freund von Pressefreiheit, so gerieten die russischen Medien unter der Regierung von Präsident Putin bedauerlicherweise verstärkt unter Druck. Die einstigen Blühträume von Glasnost und Perestroika sind gerade im letzten Halbjahr einer Gängelung gewichen, die manchen Beobachter schon zu der Formulierung von einer «Gleichschaltung» veranlasste. Tatsächlich werden die Medien systematisch dem Machtapparat des Kremls unterworfen; ohne dessen Einverständnis wird heutzutage im russischen Fernsehen keine wichtige Nachricht mehr gesendet!

Und das Fernsehen stellt heute in Russland die wichtigste Informationsquelle dar. Doch Tatsache ist: Fünf der sechs grossen Kanäle gehören dem Staat. Und der sechste steht im Eigentum der Moskauer Regierung (was faktisch dasselbe bedeutet). Vor wenigen Monaten erst setzte der Fernsehsender NWT seine letzte regierungskritische Sendung «Swoboda slowa» («Freiheit des Wortes») ab. Bei dem schrecklichen Geiseldrama in der Schule in Breslan, Anfang September, starben Hunderte Menschen. Zugleich «starb das Vertrauen des russischen Volkes in eine freie Berichterstattung», wie es in einem Bericht heisst. Denn eine repräsentative Umfrage ergab, dass seitdem ganze 92 Prozent der Zuschauer des russi-

schen Fernsehens sich belogen fühlen, dass nach ihrer Ansicht ihnen ein Grossteil der Wahrheit verschwiegen wird. Die bekannte russische Journalistin Olga Kitowa, die immer wieder Korruption und politische Missbräuche aufgreift, erklärte unlängst zutreffend: «Wenn man irgend etwas Kritisches schreibt, dann wird es gleich als oppositionell gewertet. Und oppositionell bedeutet in Russland gleich feindlich. Und von der Einstufung als Feind ist es nur noch ein halber Schritt dazu, dass dieser Feind, wenn er nicht aufgeben will, vernichtet werden muss.» Vielleicht ist das noch ein Überbleibsel der alten russischen Mentalität, doch passt Derartiges nicht in eine Demokratie!

Es dürfte schon ein Symptom sein, dass seit dem Amtsantritt Putins in Russland über 20 Journalisten getötet wurden und keines dieser Verbrechen bis zum jetzigen Tag aufgeklärt worden ist. Ein Bericht einer russischen Journalisten-Vereinigung stellt fest, elf Journalisten seien Opfer «von Auftragsmorden» gewesen, vier weitere wegen ihrer beruflichen Tätigkeit «unter unbekanntem Umständen» ums Leben gekommen. Vor einigen Monaten erst wurde der Chefredaktor der russischen Ausgabe der Zeitschrift «Forbes» mit Schüssen ermordet, als er aus dem Redaktionsgebäude auf die Strasse trat. Der Amerikaner

russischer Abstammung hatte recht oft wohl zu offen über die Verschmelzung von organisierter Kriminalität (Mafia) mit politischen Strukturen geschrieben und vor Jahr und Tag ein Buch mit dem Titel «Boris Beresowskij und die Plünderung Russlands» veröffentlicht – jener war damals stellvertretender Sekretär des übermächtigen Sicherheitsrates des Landes...

Enttäuscht, verbittert kehrte Dirk Sager, jahrelang Korrespondent des ZDF in Moskau und echter Freund des Landes, kürzlich in seine Heimat zurück: «Wir erleben heute in Russland, wie die Einschränkung der Pressefreiheit den Staat in seinem grundsätzlichen Kern verändert. Und wenn es in den 90er-Jahren noch die Hoffnung gegeben hat, dass Russland sich zu einer Demokratie hin entwickelt, dann hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, dass das nicht der Fall ist.»

Beobachter haben unlängst festgestellt, die westlichen Medien werden in Russland «wieder zur einzigen Quelle unabhängiger Informationen. Sie sind die einzigen, von denen man wirklich erfahren kann, was im eigenen Land passiert.» Es wird kein Zufall sein, wenn in den letzten Monaten bei der «Stimme Amerikas», «BBC/London» und der «Deutschen Welle» die Zahl der Hörer-Briefe aus Russland stark angestiegen ist.

Gegen die Subversion

MAX SCHIO,
EHRENMITGLIED PRO LIBERTATE,
HEIMISWIL

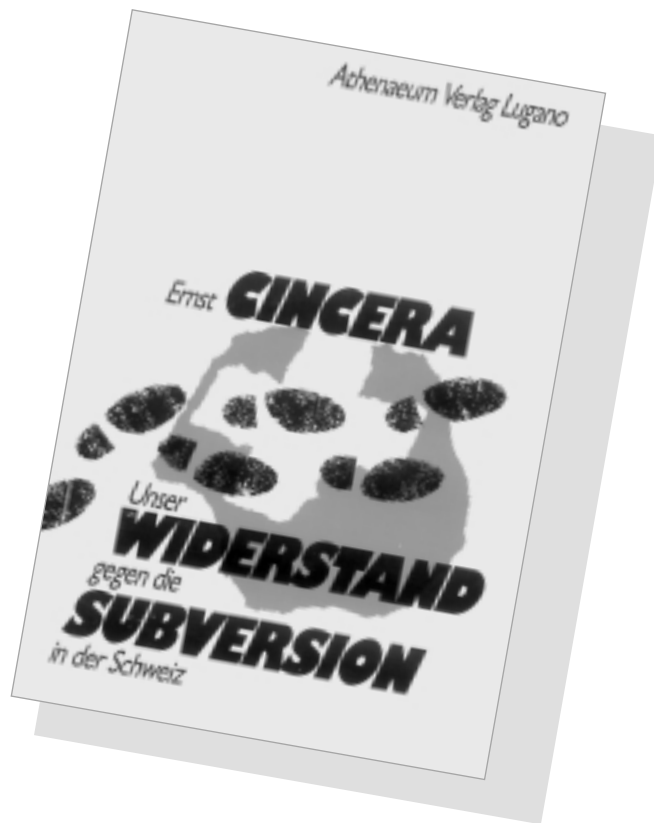
Am 30. Oktober ist Ernst Cincera im 77. Lebensjahr gestorben. Er betrieb in Zürich eine Agentur für Graphik und Werbung. Von 1983 bis 1995 gehörte er der FDP-Fraktion des Nationalrates an und war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Cincera präsidierte den Gewerbeverband der Stadt, anschliessend jenen des Kantons Zürich. Dem Freilichtmuseum Ballenberg stand er als Stiftungsrat zur Seite. Einen Bekanntheitsgrad, der weit über Zürich hinausreichte, erwarb sich Cincera mit der Registrierung

subversiver Umtriebe. Mit seiner «Informationsgruppe Schweiz» warnte er frühzeitig vor Unterwanderung, vor dem «Marsch durch die Institutionen». Bei den zwangsfinanzierten Monopolmassenmedien ist die Saat dennoch aufgegangen. «Idée suisse» à la SRG...

Als einige Mitglieder der sog. «Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest» im November 1976 das Archiv von Cincera plünderten und Akten mitlaufen liessen*, sah er sich einem beispiellosen Kesseltreiben der linken Schickeria ausgesetzt. Medien«schaffende» konnten am Radio hemmungslos Kostproben ihrer Gesinnung absondern, als seien die Mikros ihr Privateigentum.

Wer war dieses «Demokratische Manifest»? Bei den Erstunterzeichnern wird u. a. Moritz Leuenberger, damals SP-Präsident Stadt Zürich, aufgeführt, der sich zu jener Zeit auch im Dunstkreis von Bernhard Rambert (Sturm-Verteidiger) und Theo Pinkus bewegte. Es finden sich u.a. die Namen Hansjörg Braunschweig, Niklaus Meienberg, Jürg Frischknecht, Doris Morf, Adolf Muschg, die PdA und zahlreiche weitere Prominenz. Ins Visier von Cinceras Informationsgruppe kamen Links- und Rechts-extremisten, Freunde der friedliebenden DDR und Bewunderer von Erich Honecker, Journalisten wie Frischknecht, die dort publizierten. Wir sind dem Verstorbenen Dank und Anerkennung schuldig für die Erkenntnisse, die er uns vermittelt hat.

*Angeklagt wurden in der Folge (Mai 1977) die DM-Mitglieder Jürg Frischknecht, Dieter Grünenfelder und Kaspar Streiff. Ihr Verteidiger war RA Bernhard Rambert.



Gedanken der Präsidentin



...PRO LIBERTÄTE...

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

«Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht im Stande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt».

Gottfried Keller

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Zum Jahresschluss möchte ich Sie an Gottfried Kellers Aussage erinnern und Ihnen diese ans Herz legen. Liegt nicht ein Grundübel unserer Zeit darin, dass wir nicht mehr bereit oder auch gezwungen sind, selber zum Rechten zu schauen? Für die sozialen Probleme gibts Sozialhelfer und Psychiater, für die Wirtschaftsprobleme vertraut man den Wirtschaftsverbänden und die politischen Probleme delegiert man den Politikern und diese wiederum lassen sich meist ihre Stellungnahmen von Experten und Spezialisten aus der Verwaltung vorschreiben. Mit sprachlicher Beschönigung und einem Heer von PR-Leuten überdeckt man die Probleme und macht dem Bürger ein X für ein U vor. Beispielsweise spricht man bei einem Schengen-Beitritt von Sicherheitsgewinn, obschon jeder normal denkende Bürger eingestehen muss, wenn Grenzkontrollen abgeschafft werden, so kann die Sicherheit nicht erhöht werden. Souveränität sei gewährleistet, wenn das Abkommen über die Schengen-Assoziation rein theoretisch gekündigt werden könne, und deshalb sei Schengen auch nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse unterstützt mit Vehemenz das Schengen/Dublin-Dossier und buttert schon jetzt Millionen in eine Inseratekampagne, obschon Schengen/Dublin kein Wirtschaftsvertrag ist.

Sollte dies nicht auch zu denken geben? Welche Interessen stehen auf dem Spiel oder werden miteinander verquickt und verfilzt? Es gibt so viele Ungereimtheiten, die uns eigentlich stutzig machen sollten. Zu viele unter uns sind zu gutgläubig und akzeptieren vorbehaltlos Ansichten von Spezialisten aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Somit bringt uns unsere Leichtgläubigkeit um Freiheit, Rechte und um unser Geld. Wir müssen wieder kritischer werden, Zivilcourage zeigen und Fehlentwicklungen bekämpfen. Zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein Wort des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln zitieren: **«Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ich werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr Klassenhass schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgibt, als ihr verdient. Ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keinen Enthusiasmus wecken, wenn ihr dem Einzelnen seine Initiative und seine Freiheiten nehmt. Ihr könnt den Menschen nie auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und könnten.»**

●●●● 4 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

8

1. Armee XXI: Stopp der volksverachtenden Politik, Stopp dem Ab- und Umbau, Stopp dem Grounding.
2. Schengen ist kein Wirtschaftsvertrag, beeinträchtigt jedoch unsere Souveränität. Das Volk muss darüber abstimmen können.
3. Thomas Hirschhorn auf Schwarze Liste
4. Nehmen wir unsere Verantwortung für die Zukunft wahr.

und ●●●● 2 dringende Hinweise

1. Wir wünschen frohe Festtage, gute Gesundheit und alles Gute fürs 2005. Wir danken unseren Mitgliedern für das Vertrauen und hoffen auch weiterhin auf ihre Unterstützung.
2. Im Rothenhäusler Verlag Stäfa erschien die Publikation von Hedwig Stamm und Olga Tschamper (Mai 2004), **Kronzeugen unserer Flüchtlingspolitik**. Wie es wirklich war und warum der Bergier-Bericht ein falsches Bild der Schweiz im 2. Weltkrieg vermittelt. Bestellnummer ISBN 3-907817-34-6, Rothenhäusler Verlag, 8712 Stäfa

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

SCHWARZE LISTE

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Glücklicherweise verunstatet Thomas Hirschhorn seit der Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003 keine Ausstellungen in der Schweiz mehr, da er mit dem politischen Kurs nicht einverstanden ist. Meinungs- und Kunstfreiheit respektieren wir. Als Staatsbürger sind wir jedoch gar nicht einverstanden, wenn mit unseren Steuergeldern im Betrag von Fr.180000.– eine Ausstellung subventioniert wird, die unser Land mit den demokratischen Rechten derart in den Schmutz zieht und ehrverletzende Aussagen zulässt. Thomas Hirschhorn soll zukünftig seine schwachsinnige Fäkalkunst selber berappen, und vom Parlament erwarten wir eine Kontrolle, die gewährleistet, dass künstlerischer Stumpfsinn zukünftig nicht mehr mit Steuerfranken honoriert wird.

Thomas Hirschhorn setzen wir auf die Schwarze Liste. (Die Bisherigen: Lukas Bärfuss, Samuel Schwarz, Journalist Martin Kaiser, die Nationalrätinnen Therese Frösch und Ruth-Gaby Vermot-Mangold)

Was will die Schwarze Liste der Vereinigung PRO LIBERTATE?

PRO LIBERTATE führt seit dem 1. August 2002 eine «Schwarze Liste», die Personen aufführt, welche die Schweiz und ihre Geschichte ächten sowie politische und kulturelle Toleranz mit ideologischem Meinungsterror niederwalzen. PRO LIBERTATE wird nicht ruhen, diese Liste wirkungsvoll und aktualisiert an die Öffentlichkeit zu tragen. Ziel muss es sein, diesem Treiben den Nährboden – u.a. Steuermilionen – zu entziehen.

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt (FDP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 14.12.2004

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch